

Stellungnahme der LSV RLP zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Mehr Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen
Drucksache 16/1858

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz begrüßt den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu „Mehr Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen“. Nicht nur jede Schülerin und jeder Schüler, sondern auch jede Schule ist ganz individuell, hat eigene Bedürfnisse, hat eigene Anforderungen und spezielle Probleme die zu bewältigen sind. So ist es nur richtig, dass gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, in dem es viele verschiedene Schulen, in verschiedenen Regionen, städtischen und ländlichen Gebieten gibt, mehr Verantwortung und Entscheidungskompetenzen an die Schulen vor Ort gegeben werden. Durch solche dezentralen und regionalen Lösungen von Problemen können vor Ort diese regionalen Probleme gelöst werden. Einheitliche und zentrale Vorgaben und Regelkataloge können für solch vielfältige Schulen mit solch vielfältigen Problem- und Fragestellungen nicht die Antwort sein.

Die Erkenntnis, dass jeder Schüler und jede Schülerin individuell ist, dass jeder anders tickt, und dass dementsprechend eine Pädagogik an den Tag gelegt werden muss, die auf diese individuellen Bedürfnisse der Schüler eingeht, ist da und zwar schon länger. Jetzt muss endlich gehandelt werden und da stellen wir fest, wir brauchen von Allem mehr. Mehr Lehrer, Mehr Zeit und mehr Geld. Hier darf die Schuldenbremse nicht für die Bildung gelten denn hier geht es um die Zukunft, und wenn wir an der Zukunft sparen, sparen wir am definitiv falschen Fleck.

In Ihrem Antrag schreiben die Fraktionen, dass der Modellversuch „Selbstverantwortliche Schule“ gezeigt hat, dass (und hier zitiere ich) „alltagstaugliche Instrumente dazu dienen können, Lernerfolge zu sichern und letztlich die Schulabbrecherquote zu senken“. Das klingt erst einmal nach einem viel versprechenden Erfolg, doch wir müssen diese Ergebnisse auch verwerten. Seit Jahren erkennen wir Probleme, wir erproben Lösungen, befinden diese für gut, handeln dann aber nicht. Wir müssen mit diesen positiven Ergebnissen weiterarbeiten und diese auch in die Praxis übertragen. Wenn wir wissen wie es besser geht, dann müssen wir das auch so in die breite Masse und an jede Schülerin und jeden Schüler in Rheinland-Pfalz bringen. Ein Modellversuch nach dem anderen bringt zwar im Bereich weiterer Erkenntnisse und Lösungsvorschlägen etwas, aber für den Schüler und den Lehrer an der Basis bringt es nur etwas, wenn diese Erkenntnisse auch in der Praxis umgesetzt werden.

Die höhere Selbstverantwortung jeder einzelnen Schule bedeutet einerseits mehr Freiheiten und mehr Vorteile beim Lösen von individuellen Problemen, andererseits aber auch mehr Arbeit für die Schule vor Ort. Hier darf es nicht dazu kommen, dass die Reformen als Spartrick benutzt werden um Stellen ab zu bauen, die Schulen vor Ort brauchen auch mehr Lehrerstellen und mehr Zeit um diese eigenen Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Wenn eine gute Personelle, fachliche wie auch finanzielle Versorgung der einzelnen Schulen gewährleistet ist, kann eine stärkere Selbstverantwortlichkeit mit einem Plan, einem Konzept der für genau diese Schule zugeschnitten ist zu einem Erfolg werden.

Wir begrüßen die Forderung nach einem neuen Modellversuch der die Ergänzung von Noten durch Lernentwicklungsberichte vorsieht, Sitzenbleiben überflüssig macht und auf Abschulung verzichtet.

Wo ein komplettes Abschaffen der Noten von Nöten wäre, sehen wir das Ergänzen von Noten durch z. B. Lernentwicklungsberichte als Schritt in die richtige Richtung an. Der eigentliche Sinn von Noten, Schülern beim Lernen behilflich zu sein und ihnen ein Feedback zu geben, das ihnen ein besseres Lernen ermöglicht, ist kaum noch zu erkennen. Vielmehr sind die Noten zu einem reinen Bewertungswerkzeug für Lehrer geworden, mit dem die Schüler in gute und schlechte Schüler eingeteilt werden und von dem die Schüler für ihren Lernfortschritt nichts haben. Eine Transparenz von Noten zu stärken ist hierbei der richtige Weg, um den Schülern besser klar zu machen, was sie verbessern können, und warum eine Note gegeben wurde. Eine anständige Feedbackkultur, die dem Schüler wirklich hilft anstatt ihn nur zu bewerten ist hierfür unabdingbar. Ergänzende Lernentwicklungsberichte und Kompetenzraster sind dafür gute Lösungsansätze, die durch eben solche Modellversuche weiter ausgefeilt werden müssen.

Die Tatsache aber, dass für eben diesen Modellversuch die Eltern sowie auch der Schulträger, bei dem die Lehrer impliziert sind, befragt werden müssen ist lobenswert, wo aber bleiben die Schüler? Ich habe wie so oft das Gefühl, dass wir Schüler, um die es eigentlich in der Schule geht, komplett vergessen werden. So ein Versuch betrifft natürlich auch Lehrer und Eltern, wobei diese nur tangiert werden, wir Schüler aber müssen jeden Tag damit klar kommen und wir, wir werden nicht gefragt. Das darf so nicht bleiben und ein eindeutiges Votum der Schüler für bzw. gegen einen Solchen Modellversuch muss als mindestens gleichwertige wenn nicht sogar als stärkste Stimme bei einer Entscheidung gewertet werden.

Hier wirkt es gerade aufgesetzt, dass die Fraktionen im nächsten Abschnitt fordern, stärkere demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler zu prüfen. Wenn man so etwas von anderen fordert, muss man das auch im eigenen Antrag umsetzen. Schließlich gilt nicht nur darüber zu reden, sondern auch wirklich machen. Des Weiteren braucht man nicht zu prüfen, wie demokratische Beteiligungsformen von Schülerinnen und Schülern gestärkt werden können. Diese Beteiligungsmöglichkeiten sind bekannt. Mit vielen, vielen Projekten machen es uns viele vor, wie Partizipation aussehen kann, Klassenräte, Schülervollversammlungen á la „Speak your mind“, eine Drittelparität im Schulausschuss die es in anderen Bundesländern gibt und schlussendlich ganze Demokratieschulen, bei denen die Schüler selbst wählen, was sie wann, wie lernen möchten. Und wer jetzt zweifelt, dem kann ich sagen es funktioniert. Und das sogar gut. Gerade diese Schulen rangieren bei den Vergleichen immer auf den vorderen Plätzen, und bei den Abschlussnoten liegen sie sogar bei der der Zahl der Durchfallquote weit unter dem Durchschnitt.

Wenn wir in einer echten Demokratie leben wollen, müssen wir auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder Schüler demokratisch erzogen wird zu einem mündigen, aufgeklärten Bürger der kritisch hinterfragt. Nur so kann echte Demokratie verwirklicht werden. Wenn eine solche Demokratie erklärt wird von einem Lehrer der vor der Klasse steht und sagt, „Das ist Demokratie“ ist der Erfolg denkbar schlecht. Ein Schüler der in dem autoritären System wie der Schule aufwächst, kann sich nach der Schule kaum noch zu einem kritischen, mündigen Bürger im Sinne der Demokratie wandeln. Wenn Demokratie allerdings im Schulleben nicht nur gelernt sondern auch gelebt wird, eben durch diese Partizipationsmöglichkeiten, haben wir eine demokratische Schule die zu der Demokratie passt, in der wir leben.

Dass den Schulen mehr Eigenverantwortung in Sachen Personalauswahl und Budgetverantwortung zukommt, können wir auch begrüßen. Um die Schulen in ihrer Selbstverantwortung zu stärken ist es wichtig, ihnen auch diese Kernaspekte für die Gestaltung des Schullebens zu übergeben. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass von vorne herein grundlegende Kriterien und Qualitätsstandards festgelegt werden, die bei der Budgetverantwortung, aber gerade auch bei der Personalauswahl wichtig sind. Wir wollen versuchen zu vermeiden, dass die einzelnen Schulen aus Geldmangel schlechter bezahlte und billigere Lehrkräfte einstellen, die auch eine geringere Qualifikation haben, wie das zu Teilen in Hessen der Fall ist. Wenn aber sicher ist, dass die hohen Qualitätsansprüche an den Unterricht nicht gefährdet sind, freuen wir uns über einen weiteren ausgeweiteten Gestaltungsrahmen den die einzelnen Schulen beanspruchen können.

In punkto Inklusion können wir uns den Antragstellern einmal ausnahmslos anschließen und unterstützen das Suchen nach einem guten Weg zu einer Vollständigen Inklusion. Erst an diesem Punkt können wir von einer Gesellschaft sprechen, die nicht trennt und diskriminiert, sondern von einer Gesellschaft, die zusammen lebt und Unterschiede als Vorteil und nicht als Nachteil sieht.

Die Effizienz von Lernprozessen zu steigern und die Unterrichtsentwicklung voranzutreiben ist unser aller Ziel. Schließlich haben wir zurzeit häufig das Problem des „Bulimielernens“, das weit verbreitet ist. Wenn wir schon zwei Jahre nach dem Abitur nur noch einen Bruchteil von dem wissen, was wir zum Zeitpunkt des Abiturs wussten, müssen wir uns dringend nach einer effizienteren Methode umsehen. Es kann nicht sein, dass wir Schüler tagelang für Klausuren lernen, um diese dann zu schreiben und alles wieder zu vergessen. Erst wenn wir wirklich fürs Leben lernen und nicht für die Schule haben wir die Effizienz erreicht, die wir brauchen.

Wenn wir uns mit Unterrichtsentwicklung beschäftigen, ist ein fester Bestandteil dessen die Evaluation des aktuellen Unterrichts, die zurzeit vor allem durch die AQS, in Form einer externen Evaluation, läuft. Hier möchte ich den Blick auf eine interne Evaluation lenken, die oft effektiver ist, da der interne Personenkreis alltäglich mit den auftretenden Problemen konfrontiert ist und so besser nach Lösungen Ausschau halten kann, bzw. die grundlegenden Probleme besser kennt. Wenn nicht nur Lehrer ihre Schüler bewerten, damit sie sich fachlich verbessern können, sondern auch Schüler ihre Lehrer bewerten, dass diese ihren Unterricht weiterentwickeln und verbessern können, haben wir eine interne Evaluation erreicht, die viel effektiver für eine gute Unterrichtsentwicklung ist und die Lehrern sowohl auch Schülern gerecht wird.

Bei dem Ansatz Jungen und Mädchen geschlechtssensibel zu unterrichten können wir grundsätzlich zustimmen, allerdings muss eine Koedukation gewährleistet sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen in Bezug auf ihre Lernweisen und ähnliches vor allem daher kommen, dass Jungen und Mädchen grundlegend anders erzogen werden. Wenn wir die schulische Bildung und Erziehung dem anpassen und daran anknüpfen, werden diese Unterschiede nur noch gestärkt. Dies würde einer Gleichberechtigung beider im Wege stehen.

Abschließend können wir als LandesschülerInnenvertretung sagen, dass wir dem Antrag grundsätzlich zustimmen. Ein Modellversuch, der auf den Ergebnissen des Vorhergegangenen aufbaut, ist der richtige Weg, um die besten Lösungen für die Praxis herauszukristallisieren.

Aber gerade in Punkten der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler muss sich noch dringend etwas ändern, diese müssen dringend gestärkt werden, um dem Schüler, um den es ja geht in der Schule, gerecht zu werden. Auch sollten wir davon wegkommen, immer einen Modellversuch nach dem anderen zu machen und die Ergebnisse, die wir aus den Versuchen gewinnen, nicht zu verwenden. Wir müssen die Probleme erkennen, die Lösungsmöglichkeiten in den Modellversuchen erproben, und dann aber auch handeln um die gewonnenen Erkenntnisse in den Alltag der Schülerinnen und Schüler, sowie der Lehrerinnen und Lehrer zu bringen.

Für die LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz,
Johannes Domnick